

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U+☎ Alexanderplatz

Landesausschuss des pädagogischen Personals
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

An:
Frau Senatorin Sandra Scheeres

nachrichtlich:
Herrn Blume AbtL I
Herrn Duveneck AbtL II
LSB, LEA

Vorsitzender	Herr Timm Jones
Geschäftsstelle	Andrea Schreiber – II C 1.10 -
Zimmer	5A09
Telefon	030 90227 5684
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	+49 30 90227 6104
eMail	LSchulB@senbjf.berlin.de

Datum 19.01.2021

Sehr geehrte Frau Senatorin Scheeres,

die gegenwärtige Situation stellt die Lehrerinnen und Lehrer, die Erzieherinnen und Erzieher und die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen der Berliner Schule vor ungeahnte Herausforderungen und Belastungen physischer und psychischer Art.

Nahezu täglich erreichen den Landesausschuss des pädagogischen Personals Hilferufe aus den Schulen, in denen auf die gesundheitlichen Risiken der Arbeit, auf die als unerträglich empfundene Überlastung der Kolleginnen und Kollegen, auf die unzureichende materielle, strukturelle und organisatorische Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen, zugleich aber auch auf die Nachteile, die den Schülerinnen und Schülern aus der gegenwärtigen Situation erwachsen, hingewiesen wird.

Die Erfahrung des Frühjahrs sowie der Blick auf die Situation in anderen Ländern, aber auch die langjährigen Erfahrungen mit dem Verlauf respiratorischer Epidemien und Pandemien lassen befürchten, dass eine nachhaltige Besserung der Infektionslage erst nach den Osterferien eintreten wird. Unter diesen Bedingungen ist das „Auf-Sicht-Fahren“ mit den sich ständig ändernden Vorgaben nicht zielführend und stellt eine massive Belastung für die Kolleginnen und Kollegen dar. Der Landesausschuss des pädagogischen Personals fordert die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie daher auf, ein tragfähiges Konzept für die kommenden drei Monate zu erarbeiten, das folgenden Anforderungen Rechnung trägt:

- effektiver Gesundheitsschutz der Beschäftigten,

- Rücksichtnahme auf individuelle Gefährdungssituationen,
- Schutz der Einzelschulen vor möglichen rechtlichen Folgen durch Übernahme der Verantwortung für die Schulöffnung durch die Senatsverwaltung in Absprache mit den bezirklichen Gesundheitsämtern,
- nachhaltige Entlastung der Kolleginnen und Kollegen,
- Vermeidung von Nachteilen für Schülerinnen und Schüler aus sozial benachteiligten Verhältnissen und Vermeidung von Nachteilen für Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf,
- altersgemäße Bildungsangebote für alle Schülerinnen und Schüler, auch für die Kleinsten,
- Sicherstellung, dass die diesjährigen Abschlussprüfungen (MSA und Abitur) mit ausreichender Vorbereitung und ohne den Makel eines „Notabiturs“ bzw. „Not-MSAs“ durchgeführt werden können,
- Sicherstellung der notwendigen Infrastruktur für „schulisch angeleitetes Lernen zu Hause“,
- Kostenfreie Zurverfügungstellung von technisch ausgereiften, leistungsstarken und rechtlich unbedenklichen Tools für Videokonferenzen für alle Kolleginnen und Kollegen unter verbindlicher Zusage, dass alle möglicherweise entstehenden rechtlichen Konsequenzen von der Senatsverwaltung übernommen werden. Die gegenwärtige Situation, in der datenschutzrechtlich bedenkliche Tools wie z. B. WebEx empfohlen werden und die Kolleginnen und Kollegen mit den rechtlichen Risiken allein gelassen werden, ist nicht akzeptabel.

Gegenwärtig wird die Verantwortung für die teilweise Öffnung der Schulen für die Abschlussjahrgänge den Einzelschulen (Schulleitungen im Einvernehmen mit GEV und Schulaufsicht) überlassen. Dies ist nicht akzeptabel, denn sollte es dabei zu nachgewiesenen Infektionen kommen, stellt dies die Schulleitungen vor ungeahnte Haftungsansprüche. Die objektive und auch die subjektive Gefährdungslage der Kolleginnen und Kollegen ist sehr unterschiedlich. Hier fordert der LPP die Senatsverwaltung auf, individuelle Lösungen zu finden, damit keine Kollegin und kein Kollege einer von ihr oder ihm als bedrohlich empfundenen Situation ausgesetzt wird.

Ferner fordert der Landesausschuss des pädagogischen Personals die Senatsverwaltung auf, sich öffentlich vor die Kolleginnen und Kollegen zu stellen, die durch den Spagat, einen Teil der Schülerinnen und Schüler individuell elektronisch und einen Teil in Präsenz betreuen zu müssen und auch gleichzeitig durch die unklare Gefährdungssituation massiv belastet sind.

Mit freundlichen Grüßen

Timm Jones
(Vorsitzender)